

# Kommunikation.Macht.Öffentlichkeit.

## Zu zeitgenössischen Formen der öffentlichen Rede.

*Marian Adolf und Nico Stehr*

### 1 Die Diagnose

In dem weitgefächerten Diskurs der Nachkriegszeit zur Lage des modernen Zeitalters sticht besonders eine von vielen Beobachtern geteilte und in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder mit verschiedenen Vorzeichen – beispielsweise als Reaktion auf Tagesereignisse – wiederholte Gesellschaftsdiagnose hervor. Diese Gesellschaftsdiagnose hat zwar den Status einer selbstverständlichen, aber insgesamt als äußerst misslich verstandenen Lagebeschreibung der politischen Landschaft demokratischer Gesellschaften.

Um ein erstes Beispiel dieser Beurteilung zu erwähnen, sei auf die Beobachtungen von Benjamin Barber (2008) unter dem bezeichnenden Titel *Der geschrumpfte Souverän* verwiesen. Barber meint mit seiner Überschrift nicht etwa einen Machtverlust der Eliten oder der großen gesellschaftlichen Institutionen der modernen Gesellschaft, im Gegenteil, er moniert den unmündigen souveränen Bürger, den eigentlich verfassungskonform legitimierten, mächtigen Akteur demokratisch verfasster Gesellschaften. Das Zusammenwirken zweier unaufhaltsamer Trends, des Konsumverhaltens und der Globalisierung unterminiere, so Barber, die partizipative Demokratie nachhaltig. Der verheerende Rückschlag für die Demokratie manifestiert sich in unserer nachlassenden Fähigkeit, gemeinschaftliche Urteile zu treffen, unsere Bürgerrechte wahrzunehmen und in einem generellen Freiheitsverlust. Das Konsumverhalten reduziert den Bürger zum unmündigen Käufer. Die Globalisierung wiederum erodiert die nationale Souveränität (Barber 2008: 73; siehe auch Barber 2007). Die Verwandtschaftslinie, nicht die Identität, der Thesen Barbers zu beispielsweise denen von David Riesman, Theodor Adorno, Helmut Schelsky, Zygmunt Bauman oder Jean Baudrillard ist unschwer herzustellen.

Eine parallele Diagnose, weil sie zu dem gleichen Schluss gelangt, ist die Misere der anscheinend unaufhaltsamen Schwächung der zivilgesellschaftlichen Organisation der modernen Gesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten, und damit des Rückzugs des Bürgers in die Individualität und die Familie. Geht man, wie zum Beispiel Ernest Gellner (1994), davon aus, dass es ohne Zivilgesellschaft keine Demokratie gibt, dann sind die Grundfesten der Demokratie durch diesen Wandel des gesellschaftlichen Stellenwerts der Zivilgesellschaft stark

gefährdet. Eric Hobsbawm (1996: 272) stützt die Diagnose vom Verfall der Zivilgesellschaft, und skizziert den sozialen Wandel und einige seiner Ursachen in den achtziger und neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts auf typische Art und Weise:

„There can be little doubt that the links between citizens and public affairs are in the process of attenuation, at least in states with democratic politics, for various reasons. The decline in ideological mass parties, politically mobilizing electoral ‚machines‘ or other organizations for mass civic activity (such as labour unions) is one of them; another is the spread of the values of consumer individualism, in an age when the satisfactions of rising material consumption are both widely available and constantly advertised.”

Anstelle einer aktiven Zivilgesellschaft haben wir es, so die Meinung dieser Kritiker, mit einer unmündigen, einer betreuten Öffentlichkeit zu tun. Sie unterliegt der direkten Einflussnahme durch die großen Institutionen, und ergibt sich in ihr Schicksal als bespaßte, konsumierende, schein-individualisierte Masse.

Dieses Bild, welches in der amerikanischen Massenkulturbedebatte der 50er und 60er Jahre wesentlich von C. Wright Mills (1956) mitentworfen wurde, prägt bis heute das Urteil vieler Beobachter. In Wahrheit herrschte nicht der deliberative Geist einer selbstbewussten Öffentlichkeit, sondern vielmehr die Eliten, welche sich aus den großen gesellschaftlichen Institutionen rekrutierten: aus Wissenschaft und Politik, Staat und Militär, und aus den zunehmend mächtigeren Konzernen. Das Resultat war eine Machtelite, der die Definitions- und Sanktionsmacht in schier allen gesellschaftlichen Belangen zukam. Und so setzte sich nicht nur in der Sozialwissenschaft der Nachkriegszeit die Überzeugung durch, dass die Öffentlichkeit weitgehend passiv sei, und die Herrschenden und die herrschenden Zustände nicht gefährde. Mit die jüngste Neuauflage dieser Klage findet sich im viel beachteten Werk Robert Putnams (2000): Er konstatiert die, nicht nur für die amerikanische Gesellschaft (siehe Putnam 2002) geltende, These vom Verlust des sozialen Kapitals durch das schwindende Engagement der Bürger in zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Was diese Sichtweisen exemplarisch zusammenschweißt, ist die enge Zusammenführung von Macht und Öffentlichkeit. Da Erstere in der Regel immer von oben ausgeübt wird, ist aus dieser Perspektive nicht denkbar, dass Macht als ein dezentrales gesellschaftliches Phänomen gedacht – und in der Praxis auch dezentral ausgeübt – werden kann. Barber und andere Gesellschaftstheoretiker, wie auch Bourdieu und Foucault, unterscheiden sich vorrangig in der Fassung der Mittel der Macht, ihrer Geschichte, ihrer Internalisierung, ihrer Reproduktion, ihrer öffentlichen Zurschaustellung und in der Beschreibung der Art der

versteckten Einflussnahme auf die Subjekte. Die Architektur des Beherrschungszusammenhangs bleibt aber bei allen im Wesentlichen gleich.

## 2 Die Öffentlichkeit

Dem Niedergang der individuellen Selbstbestimmung entspricht also das traurige Bild, das allenthalben vom damit eng verbundenen Ideal der demokratischen Öffentlichkeit gezeichnet wird. Da liegt das Ideal des rasonierenden Publikums in den letzten Zügen, und der Begriff des Öffentlichen schickt sich an, zusammen mit dem rationalen Diskurs und dem humanistischen Aufklärungsideal unterzugehen (siehe etwa Imhof 2011). Die politische Figur des Bürgers und die Rationalität der öffentlichen Debatte scheint, je nach Kommentator, einmal der *Kommerzialisierung der (Medien)Gesellschaft*, der *unheiligen Beliebigkeit der postmodernen Gesellschaftstheorie* oder der *Re-Mystifizierung der modernen Gesellschaft* geopfert worden zu sein (siehe Imhof 2007; Joas 2011).

Aus gänzlich anderer Warte wird Öffentlichkeit derweilen als angeblicher Anachronismus der Ära der Massen(medien)gesellschaft freiwillig verabschiedet: In der schönen neuen Netzwelt sei eine solche Konzeptionen nicht länger notwendig, da es heute weder an Informationsquellen noch an Sprachrohren mehr fehle. Auf das Paradigma der Informations- und Kommunikationsknappheit folgt mit der Internet-Ära die grenzenlose Expansion der freien Rede und spült die historisch überkommenen Behelfskonstruktionen hinfort, mit denen Öffentlichkeit bislang gestützt werden musste. Beklagte man im ersten Fall also den *Tod des Politischen*, feierte man im zweiten dessen *Transformation in den Individualismus* neuer lebensweltlicher und kommunikativer Sphären. Für beide idealtypischen Positionen aber scheint klar, dass das Konzept der Öffentlichkeit angesichts der zeitgenössischen Gesellschaft eine überkommene Kategorie ist.

In der Folge stellen wir uns die Frage, ob hier, in der Beobachtung des Niedergangs der Öffentlichkeit, der Schlüssel zur angeblichen Ohnmacht des Bürgers liegt, wie ihn Barber und andere beschreiben. Wir wollen uns in der Folge der Geschichte des Öffentlichkeitsbegriffes in aller Kürze widmen, und sie darauf hin untersuchen, ob einer schwindenden politischen Öffentlichkeit auch eine Schwächung der Zivilgesellschaft folgt, und ob die Diagnose des zunehmenden Verlustes an bürgerlich-ziviler Selbstbestimmung auch wirklich zutrifft.

### 3 Die Genese der modernen Öffentlichkeit

Der Bezugspunkt der heutigen Öffentlichkeitstheorie ist oftmals Jürgen Habermas' Habilitation *Der Strukturwandel der Öffentlichkeit* (1962 [1990]), die in diesen Tagen ihr 50. Jubiläum feiert. Im Zentrum dieses Werkes steht nicht nur eine Neukonzeption der Öffentlichkeit als Kern einer Demokratietheorie der Moderne, sondern auch die Kritik dieser Öffentlichkeit als *Medienöffentlichkeit*.

Angesichts der Entstehung komplexer sozialer Strukturen im Rahmen der Genese der modernen Gesellschaft bedurfte auch die Konzeption der kommunikativen Praxen, auf denen Öffentlichkeit basierte, einer Neudefinition. In den geographisch ungleich größeren Territorialstaaten der Neuzeit ließ sich Öffentlichkeit nicht mehr im Modus der unmittelbaren Betroffenheit und der Ko-Präsenz der Individuen herstellen. Zugleich erfahren die mittelalterlichen Technologien des Buchdrucks, welche schon zuvor für die eine informationelle Revolution des gedruckten Wissens sorgten, einen weiteren Entwicklungsschub. Zusammen mit dem steigenden Wissensbedarf der sich ausdifferenzierenden Professionen, entlang der Notwendigkeiten des zunehmenden Handels und vorangetrieben durch ein immer literateres Bürgertum in den ausstrebenden Städten, steigt die Nachfrage nach periodischen *Medien der Information*. Die ersten Zeitungen entstehen und führen alsbald zu einer neuen Infrastruktur der Kommunikation über Zeit und Raum hinweg. Diese Entkopplung von Information, Wissen und Kommunikation ist die medientechnische Grundlage der weiteren Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Komplexität, und eröffnet somit Wachstumspotenziale für die noch junge Gesellschaft der Moderne. *Vergesellschaftung beruht auf Kommunikation* (siehe hierzu Adolf/Deicke 2011).

Hatte man schon den rasanten Erfolg der lutherischen Thesen dem Buchdruck zugeordnet (Eisenstein 1993), so entsteht – und hier setzt sodann Habermas' Theorie an – rund um die schöne Literatur und die neue urbane Kommunikationskultur in Salons, Vereinigungen und Cafés eine zunächst noch stark literarisch geprägte Öffentlichkeit (Habermas 1990). Die Erfindung der *Zeytung* breitet sich rasch aus, ebenso wie die Themen des erstarkten, auch von neuem wirtschaftlichen Selbstbewusstsein getragenen, städtischen Bürgertums vielfältiger werden. Die politische Mit- und Selbstbestimmung bringt alsbald das zentrale politische Thema des Konstitutionalismus hervor. Die bürgerliche Revolution ist aufs Engste mit der vorangehenden Kommunikationsrevolution verbunden. Von da aus entwickelt Habermas seine Kommunikationstheorie der demokratischen Politik.

Doch von Beginn an hat die moderne Öffentlichkeitstheorie nun mit dem Eigensinn seines neuen, konstitutiven Bestandteils zu kämpfen: den Medien. Denn diese waren zu keinem Zeitpunkt allein Mittel der Aufklärung, sondern

immer zugleich kommerzielle Unternehmen, ebenso wie Sprachrohre ganz spezifischer, nun im Plural auftretender Weltsichten. Spätestens mit der Erfindung der tertiären Verbreitungsmedien – dem Rundfunk – tritt dieser Kampf um die nunmehr zentralen Größen der öffentlichen Kommunikation in eine neue Phase. Denn diese „neuen“ Medien sind aufgrund ihrer technischen Komplexität und ihres kommunikativen Potenzials gesellschaftliche Kernressourcen in einer immer stärker auf ihre kommunikative Infrastruktur angewiesenen Gesellschaft. So werden die technischen Mittel der Epoche auch entsprechend des politischen Willens und entlang staatlicher Strukturen organisiert und institutionalisiert – wie z.B. am europäischen Beispiel des monopolistischen, öffentlich-rechtlichen Rundfunks ersichtlich (Lenk 1997). Die Öffentlichkeit der modernen Gesellschaft ist somit immer zugleich, wenn auch nicht ausschließlich, eine Medienöffentlichkeit. Öffentlichkeitskritik ist daher, zwangsläufig, zugleich Medienkritik!

#### 4 Öffentlichkeitskritik als Medienkritik

Noch bevor man die Korrumpierung der Demokratie durch Konsum und Globalisierung beklagte, waren es die Medien, an denen man eine Verwässerung des Öffentlichen festzumachen versuchte. Gründe, in bestehenden Formen von Öffentlichkeit lediglich einen schwachen Abklatsch, eine Verkümmierungsform von einer wahren Öffentlichkeit zu sehen, gibt es in der Literatur viele. Schon lange vor Habermas beklagte man die Vermachtung der Öffentlichkeit, die Gefahr ihrer „Re-Feudalisierung“ und den Rückfall in die Zeit der Hofberichterstattung und den Verlautbarungscharakter der höfischen Presse (siehe Hölscher 2004). In teilweiser Kontinuität mit den Analysen seiner Vorväter der Frankfurter Schule warnt auch Habermas vor dem Verlust der Medien als Foren der öffentlichen Deliberation, einem Rückbau der bürgerlichen Souveränität in der Bestimmung der eigenen Geschicke, und dem neuerlichen Aufstieg übermächtiger politischer Institutionen als fälschlich legitimierte Herrschaft. Zwar dehne sich die Sphäre des Öffentlichen im Zuge der Ausdifferenzierung des Mediensystems aus, die Möglichkeit der politischen Debatte – und somit der politischen Wirkkraft der freien Rede – nehme jedoch ab. Dies wird bei Habermas umso mehr zu einem grundlegenden demokratietheoretischen Problem, da die politische Willensbildung erst *im Prozess* der Deliberation zustande kommt, und die politische Meinung somit auf die freie und geschützte, vernünftige und gleichberechtigte Rede angewiesen ist. Insofern weicht Habermas von seinen liberalen Vordenkern ab, denen es vor allem um den Ausdruck der politischen Meinung des informierten Individuums in einem angemessenen Rahmen ging. Der Prozess der Öffentlichkeit ist Kommunikation.

So wie Habermas in weiten Teilen seiner Studie an die Ansichten seiner Lehrer anschließt, so schließen sich andere an seine grundlegenden Kritikpunkte an und radikalisieren sie bisweilen. Im Zuge der politischen, sozialen und kulturellen Kämpfe der 60er und 70er Jahre wird die betreute Öffentlichkeit zu einem zentralen Topos und Kristallisationspunkt der Auseinandersetzung um die politische Zukunft der BRD. So warnt etwa Oskar Negt (1968: 393) auf dem Höhepunkt der „langen Sechziger“ (vgl. von Hodenberg 2003: 221) davor, die real existierende deutsche Öffentlichkeit mit dem liberalen Idealtypus zu verwechseln: „Wenn wir nicht Gefangene illusionärer Hoffnungen werden wollen, dürfen wir uns auf die liberale Öffentlichkeit nicht verlassen; [...] weil die institutionalisierte Öffentlichkeit als politische und damit als Faktor der Politisierung nicht mehr existiert.“

Die Medien geraten dabei zugleich aus zwei Positionen unter Beschuss: Erstens gerät unter dem Eindruck der Instrumentalisierung der Presse und des Rundfunks durch totalitäre Regimes, allen voran des nationalsozialistischen Machtapparates<sup>1</sup>, auch das damals „neue Medium“ Fernsehen unter Pauschalverdacht, vor allem ein Instrument der Indoktrination zu sein. Darüber hinaus, und zweitens, gilt die zunehmende Herauslösung der Medienorganisation aus ihren institutionellen Banden, die Expansion der Medienkanäle und ihrer zunehmenden Kommerzialisierung als Ursache für den Niedergang der politischen Öffentlichkeit.

Allen Unkenrufen zum Trotz scheint die Öffentlichkeit sowohl die Spiegel-Affäre, die 68er, als auch die Einführung des dualen Rundfunks in den 1980er Jahren überlebt zu haben. Die zyklischen (scheinbaren) Krisen der Öffentlichkeit – ebenso wie jene der mündigen Bürger oder der demokratischen Politik – scheinen vielmehr Indikatoren von Wandlungserscheinungen zu sein. Angesichts der digitalen Revolution im Gefolge des Internets befinden wir uns heute wiederum inmitten eines solchen Umbruchs.

## 5 Zeitgenössische Erscheinungsformen des Öffentlichen

Dank der historischen Dynamik und der Ausdehnung und Differenzierung der bürgerlichen Öffentlichkeit und aufgrund ihrer notwendigen intimen Kopplung an das sich ebenfalls verändernde Mediensystem moderner Gesellschaften unterliegt die Öffentlichkeit einem steten Wandel. So wie bereits die politische Öff-

---

<sup>1</sup> Die große Bedeutung, die die Nationalsozialisten den Medien beimaßen, lässt sich an der Inkorporation des Öffentlichen in die repräsentativen Inszenierungen der „Volksgemeinschaft“, der planmäßigen Gleichschaltung der Presse, sowie der aggressiven Verbreitung der Volksempfänger durch das Regime ablesen.

fentlichkeit der bürgerlichen Revolution sich nur bedingt an das antike Vorbild anlehnen konnte, so greifen auch jene Versuche zu kurz, die die Gestaltung und Leistungsfähigkeit der zeitgenössischen Medienöffentlichkeit allein am klassischen Vorbild des bürgerlichen Ideals messen. Ein Teil der Kritik an der heutigen Ausgestaltung der Öffentlichkeit lässt sich unseres Erachtens auf dieses Missverständnis zurückführen: Ganz so, als ob die Öffentlichkeit der Bürger jemals einen rein vernunftbasierten, umfassenden und verwertungsfreien Kommunikationszusammenhang dargestellt hätte, werden alle heutigen Abweichungen im Sinne eines Verfalls gedeutet. Zutreffender wäre es, ganz im Sinne *ungleichzeitiger* gesellschaftlicher Entwicklungen (Ernst Bloch) von der Existenz vielfältiger Formen der Öffentlichkeit auszugehen: Wir haben es in den entwickelten Gesellschaften der westlichen demokratischen Herrschaftsform wohl mit *betreuten*, wie auch mit *neuen* Öffentlichkeiten (Adolf/Stehr 2010; Wimmer 2007) zu tun – mit Öffentlichkeiten im Plural also.<sup>2</sup> In der Folge wollen wir zwei Aspekte des Wandels von Öffentlichkeit und – damit mittelbar verbunden – von zivilgesellschaftlichem Engagement behandeln.

### 5.1 Globalisierung und nationale Regimes

Im Fall der Globalisierung ist der Machtverlust verschiedener Institutionen des Nationalstaats ausgefallen und eindeutig. Der Nationalstaat verliert beispielsweise die Souveränität über die Wirtschaftspolitik. Globalisierungsprozesse haben außerdem einen erheblichen Einfluss auf die nicht-ökonomische, innerstaatliche Politik (siehe Stehr 2000). Die in unserem Zusammenhang relevante Frage ist die nach der Reaktion der Öffentlichkeit auf die Globalisierung und die Transformation der Öffentlichkeit aufgrund von Globalisierungsprozessen. Diesbezüglich werden zwei sich widersprechende Hypothesen diskutiert: In *demokratischen* Gesellschaften entpolitisiert die Globalisierung die Öffentlichkeit (z.B. Kurtz 2004; Holzner 2007) *oder* Globalisierungsprozesse unterstützen und stär-

<sup>2</sup> Wir haben uns bereits an anderer Stelle mit den Ursachen der Herausbildung neuer Öffentlichkeiten auseinandergesetzt (Stehr/Adolf 2008; Stehr/Adolf 2010; Adolf/Stehr 2010). Diese lassen sich nicht allein auf neue mediale Gelegenheitsstrukturen zurückführen, sondern stehen in Zusammenhang mit umfassenderen kulturellen Veränderungen der modernen Gesellschaft (Stehr 1994, 2000, 2007). Neben den zweifellos wichtigen strukturellen Wandlungserscheinungen, die den Stellenwert korporativer Akteure wie zum Beispiel das Politiksystems betreffen, interessieren wir uns vor allem für solche Veränderungen, die eng an den Status natürlicher Personen geknüpft sind. Wir haben es also mit langfristigen und umfassenden Veränderungen in hoch entwickelten Gesellschaften zu tun, nämlich dem Anstieg des allgemeinen Wohlstands, des durchschnittlichen Wissensstands der Bevölkerung sowie mit Globalisierungsprozessen in den vergangenen Jahrzehnten. Diese führen zu einem teilweisen Machtverlust der lange Zeit unantastbaren, großen gesellschaftlichen Institutionen.



ken eine Re-Politisierung der nicht-parlamentarischen Öffentlichkeit (z.B. Pappas 2008). Der von der Globalisierung ausgelöste *ökonomische Wandel* führt nach einer Lesart zur verstärkten kollektiven Artikulation von Klagen über die nachteiligen Folgen einer radikalen Marktliberalisierung. Die gleichen globalen wirtschaftlichen Kräfte führen aus anderer Sicht zu einer sich verstärkenden nationalen Armut und einer wachsenden sozialen Ungleichheit, die wiederum etwaige kollektive Anreize zum Widerstand (z.B. in Gewerkschaften, politischen Parteien oder zivilgesellschaftlichen Organisationen) immobilisieren und das Sozialkapital einer Gesellschaft nachhaltig schmälern (vgl. Putnam/Goss 2002).

Die gesellschaftlich sanktionierten Möglichkeiten der Mobilisierung der Zivilgesellschaft gegen die mittelbaren und unmittelbaren innerstaatlichen Folgen der Globalisierung sind in einer demokratisch verfassten Gesellschaft ungleich besser als die politischen, rechtlichen und kulturellen Bedingungen in einer autoritären Gesellschaft. In einer empirischen Analyse (Arce/Kim 2011) der Protestbewegungen weltweit, in Lateinamerika und Ostasien im Zeitraum zwischen 1970–2006 zeigt sich deutlich, wie einflussreich nationale gesellschaftliche Besonderheiten für die Art der Assoziation von Protestbewegungen, Globalisierung und Demokratie sind.<sup>3</sup> Erstens, auf globaler Ebene – unabhängig vom politischen Regime – verringert sich der Grad des Protestes mit den wachsenden Auswirkungen der Globalisierung und bestätigt die These von der Entpolitisierung durch Globalisierung. Zweitens zeigen die Ergebnisse für regionale Ländergruppen, dass die Assoziation zwischen Globalisierung und Entpolitisierung in Ostasien stärker ist als in Lateinamerika. In demokratischen Gesellschaften Lateinamerikas verstärken sich die Proteste mit wachsender Globalisierung: „As economic globalization deepens, people in Latin American societies become more politically active, and under the favorable democratic environment, they are more likely to take to the streets against the economic threats tied to globalization.” (Arce/Kim 2011: 13) Es bleibt deshalb offen, inwieweit der von uns hervorgehobene *nationale* gesamtgesellschaftliche Wandel eine entscheidende Funktion als Bedingung für die Möglichkeit des Wechsels von einer betreuten zur eigensinnigen Öffentlichkeit hat.

Der Untersuchungsansatz von Arce und Kim vernachlässigt, ganz bewusst, weitere Eigenschaften von Globalisierungsprozessen, die als Auslöser bei der Entstehung neuer Öffentlichkeiten eine entscheidende Rolle spielen können. Diese Eigenschaften der Globalisierung kann man unter dem Stichwort der Diffusion von Ereignissen, Werten, Strategien, Anlässen, Zielen und Reaktionen auf die nationale Ablösung der betreuten Öffentlichkeit zusammenfassen. Die

<sup>3</sup> Zu den in der Untersuchung verwendeten Kontrollvariablen gehörten Einkommen, ökonomisches Wachstum und Bevölkerung sowie verschiedene Indikatoren der politischen Verfasstheit eines Landes (Arce/Kim 2011: 13).



prompte, globale Diffusion und die Multiplikatorwirkung von Ereignissen und Zielen durch Diffusionsprozesse kompensiert für möglicherweise nicht vorhandene gesellschaftliche Vorbedingungen der Entwicklung neuer Öffentlichkeiten.

## 5.2 Organisation und kommunikative Kanäle

Da Öffentlichkeit im Kern auf Kommunikationsprozessen beruht, wirken sich Veränderungen in der medialen Infrastruktur – im Zusammenspiel mit den sie umgebenden sozialen, kulturellen und ökonomischen Wandlungserscheinungen – auch auf die Art des öffentlichen Engagements aus. Neue Medien und neue Erscheinungsformen des Öffentlichen bedingen sich gegenseitig. Der Niederschlag der medientechnologischen Möglichkeiten des Internets und seiner multimedialen Kommunikationsformen lässt sich mit Baringhorst (2008: 65f.) in fünf spezifischen Funktionen systematisieren.

*Erstens*, wie zuletzt anhand des „Arabischen Frühlings“ intensiv thematisiert, dienen die neuen Medien – und dabei insbesondere die zunehmend mobilen Formen von Facebook und Twitter – zur logistischen Unterstützung des Protests. Mittels instantaner Kommunikation lassen sich Flashmobs und Demonstrationen, Blockaden und Sit-ins organisieren und koordinieren. Zugleich, und *zweitens*, dienen netzbasierte Medienangebote der Information, Kommunikation und Dokumentation von Protesten, die früher ohne solches Potenzial auskommen und sich mit den Mitteln der Alternativ- und Untergrundmedien bescheiden mussten. Auch sorgt die für alle zugängliche Präsenz von Websites, Mailing-Lists, Facebookgruppen, Twitter-Accounts etc. für eine zumindest potenzielle Verbreitung der Inhalte und Positionen des Protests über die eigentliche Gruppe der Adressaten hinaus. Angesichts der losen Verbindungen vieler heutiger Protestbewegungen dienen netzbasierte Kommunikationsformen, *drittens*, der Herstellung und Stabilisierung affektiv-emotionaler Bande (vgl. hierzu auch Knoblauch 2008). Diese müssen stets erneuert werden, und unterliegen starken – oft mit den Themenkonjunkturen synchronisierten – Schwankungen: Solche Netzwerke des Protests sind eben genau das: Netzwerke; sie formieren sich und zerfallen ebenso schnell wieder. Beobachtet man beispielsweise die Kampagnenlogik der internationalen Skandalisierungsplattform [avaaz.org](http://avaaz.org), so gibt es – vom Kernteam abgesehen – keine auf Dauer gestellten institutionellen Integrationsstrukturen dieser Gemeinschaft. Punktuell werden aktuelle politische und soziale Ereignisse per E-Mail-Botschaft kommuniziert, und der Empfänger zur Unterzeichnung einer Online-Petition oder anderer Protestmaßnahmen aufgefordert. Roth und Rucht sprechen bereits 1991 von der „Veralltäglichung“ des politischen Protests, der sich anhand von [avaaz.org](http://avaaz.org) illustrieren lässt. Die Frage nach

der Effektivität solcher oftmals recht allgemein gehaltenen Partizipationsrituale ausklammernd, wird durch die Herausbildung solcher Aktivierungsmuster politische Partizipation doch mit einer neuen Selbstverständlichkeit ausgestattet. Dies steht im Einklang mit unseren Überlegungen zu zunehmenden Auflösungen ehemals klar getrennter sozialer Rollen im (wissens-)gesellschaftlichen Alltagsleben heute (Stehr/Adolf 2008).

Darüber hinaus wird, *viertens*, das Netz selbst zum Schauplatz des Protests: Website-Blockaden (DDos-Attacken) und andere technische Angriffe, wie zuletzt massiv im Falle der WikiLeaks-Affäre zum Einsatz gekommen, machen die technische Infrastruktur selbst zum Schauplatz des Protestes. Im Zuge der einseitigen Aufkündigung der Verträge mit WikiLeaks wurden PayPal und VISA zum Ziel wütender Proteste von hacktivists wie etwa der mittlerweile zu einiger Berühmtheit gekommenen Gruppe „Anonymous“. Und zuletzt, *fünftens*, dient das Netz als Infrastruktur der transnationalen Erweiterung und Ausbreitung sozialen Protests, der sich nun um gemeinsame Themen und Identifikationspunkte über soziale, kulturelle und geographische Grenzen hinaus ausdehnen kann. Die Netzwerkstruktur des Internets dient sich der netzwerkartigen Organisation von Protest heute geradezu an (vgl. Baringhost 2008: 75f.).

## 6 Conclusio und Ausblick

Im Zeichen der Veralltäglichen des Protests (Roth/Rucht 1991) auf Basis veränderter Gelegenheitsstrukturen (Baringhorst 2010: 14f.), der Individualisierung politischen Handelns im Sinne von „lifestyle politics“ (Bennett 1998) und des neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit (Imhof 2003; Wallner/Adolf 2011; Adolf/Wallner 2012) müssen wir also auch unseren Beobachtungsapparat ergänzen, wollen wir nicht wesentliche Formen dessen, was einst unter anderen Bedingungen als Öffentlichkeit zu erfassen war, aus dem Blick verlieren. Bürger machen Staat, und Kommunikation macht Öffentlichkeit – und dazwischen findet auch eine Verlagerung gesellschaftlicher Macht statt. Diese jedoch folgt nicht allein dem linearen Muster des Machtverlustes der Bürgerinnen und Bürger oder der Entmachtung staatlicher Governance im Zuge von Globalisierung und Ökonomisierung. Macht, verstanden als gesellschaftliches Handlungsvermögen, diffundiert: In neue Formen des individuellen Selbstverständnisses (etwa zwischen der Rolle als BürgerIn und KonsumentIn, siehe etwa Schudson 2007), in veränderte Formen politischer Partizipation (Dahlberg 2007) und in neue Modi der Kommunikation angesichts eines sich rasch wandelnden medialen Umfeldes (Lundby 2009).

Bürger. Macht. Staat?

Neue Formen gesellschaftlicher Teilhabe, Teilnahme  
und Arbeitsteilung

Jansen, S.A.; Schröter, E.; Stehr, N. (Hrsg.)

2012, XI, 173 S. 6 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-531-19346-5